



MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ



Hengelorstraße 1

49565 Bramsche



mbarnes61@outlook.com

29.07.2026

Klartext Spezial: Der verfassungsrechtliche Bankrott – Warum die Pläne der Innenminister illegal sind



Bitte klicken Sie hier, um zum ersten Dossier zu gelangen.

1. Die „Geheimdienstbrandmauer“: Ein offener Bruch der Verfassung

Hessens Innenminister Posek und Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) diskutieren offen darüber, einem Bundesland im Falle eines unliebsamen

Wahlergebnisses den Zugang zur Sicherheitsarchitektur und zu Geheimdienstinformationen zu entziehen.

Verfassungsrechtlich ist diese Idee schlichtweg **wahnwitzig und illegal**. Das deutsche Grundgesetz ruht auf dem **Bundesstaatsprinzip** und dem **Föderalismus**. Seit fast 80 Jahren besagt dieses Fundament: Alle 16 Bundesländer sind absolut gleichberechtigt und zur engen Kooperation verpflichtet. Es gilt das Prinzip der **Bundesstaatstreue**. Der Bund darf kein Bundesland wie einen reinen Verwaltungsbezirk bevormunden oder isolieren. Eine solche „Brandmauer“ bricht geltendes Recht und die Verfassungsschutzgesetze, die eine Zusammenarbeit zwingend vorschreiben.

2. Das absurde Schreckgespenst vom „Staatsstreich“

Um diese illegalen Pläne vor den Bürgern zu rechtfertigen, greift Innenminister Georg Maier zu einer rhetorischen Atombombe: Er wirft der Opposition vor, Züge eines „Staatsstreichs“ zu planen. Die Begründung? Der AfD-Spitzenkandidat Ulrich Sigmund hat angekündigt, bei einer Regierungsübernahme 150 bis 200 Stellen in den Landesministerien neu zu besetzen.

Jeder Jurist schüttelt hierüber nur den Kopf. Ein Staatsstreich bedeutet, dass eine kleine Clique **mit physischer Gewalt** gegen die Verfassung die Macht an sich reißt. Was wir hier sehen, ist das genaue Gegenteil: Die demokratische Normalität eines möglichen, friedlichen Machtwechsels durch den Wählerwillen. Zudem ist der Austausch von Führungspersonal in den Ministerien bei einem Regierungswechsel eine **völlig legale und gängige Praxis**, die von SPD, CDU und den Grünen seit Jahrzehnten nach jeder Wahl absolut skrupellos und systematisch praktiziert wird.

3. Die gezielte Einschüchterung der Bevölkerung

Hinter den Kulissen geht es nicht um den Schutz des Staates, sondern um den Schutz der eigenen Pfründe. Wenn Spitzenpolitiker drohen, dass Sachsen-Anhalt im Falle eines „falschen“ Wahlergebnisses nicht mehr normal im Konzert der Bundesländer mitspielen darf, ist das eine **bösartige Bedrohung der Bürger**.

Das Volk soll in Angst versetzt werden: „*Wenn ihr falsch wählt, wird euer Bundesland benachteiligt.*“ Ein solches Verhalten diskreditiert das demokratische Votum der Bürger im Vorhinein. Die grösste zivilisatorische Leistung der Demokratie ist es, dass Wahlverlierer ihre Niederlage friedlich, ohne Theater und ohne Sabotage akzeptieren und die Macht übergeben. Dass die etablierte Politik diesen Konsens aufkündigt, ist der eigentliche Zivilisationsbruch. [1]

Der Klartext-Fakten-Check: Was Sie jetzt wissen müssen

- **Der Föderalismus schützt uns alle:** Kein Innenminister und keine Bundesregierung kann ein Bundesland rechtlich isolieren, ohne die Verfassung komplett auszuhebeln.

- **Machtwechsel ist Normalität:** Wenn Bürger anders wählen, ist das kein Staatsstreich, sondern das schärfste und legitimste Werkzeug der Demokratie.
- **Lassen Sie sich nicht einschüchtern:** Die mediale Panikmache zeigt nur, wie mächtig Ihr Stimmzettel am 6. September wirklich ist. [\[1\]](#)

Bilden Sie sich Ihre eigene Meinung! Prüfen Sie die verfassungsrechtlichen Grundlagen zum Bundesstaatsprinzip und hören Sie in die Argumente unabhängiger Staatsrechtler hinein. Die Wahrheit braucht keine Zensur.

4. Und das sagt das Gesetz:

- **Der Föderalismus (Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes):** Das Grundgesetz legt unveränderlich fest, dass die Bundesrepublik ein Bundesstaat ist. Dieser Grundsatz ist durch die sogenannte Ewigkeitsklausel (Artikel 79 Absatz 3 GG) geschützt. Das bedeutet: Kein Politiker und keine noch so grosse Mehrheit darf die Gleichberechtigung der Bundesländer jemals abschaffen.
- **Die Bundesstaatstreue (Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts):** Bund und Länder sind verfassungsrechtlich zu absolutem Wohlverhalten und gegenseitiger Rücksichtnahme verpflichtet. Eine politische Isolation eines einzelnen Bundeslandes verstösst gegen diesen fundamentalen, ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz.
- **Die Kooperationspflicht (§ 6 Bundesverfassungsschutzgesetz):** Die Geheimdienste von Bund und Ländern sind gesetzlich dazu gezwungen, Informationen zu teilen. Ein Innenminister kann nicht eigenmächtig den Informationsfluss stoppen, da die Behörden sonst direkt gegen geltendes Recht verstossen würden.

5. Kommentar: Wenn die „Demokratieretter“ die Axt an den Rechtsstaat legen

Nun liegen alle Fakten und Gesetze schwarz auf weiss auf dem Tisch. Doch jenseits der juristischen Paragraphen müssen wir die Dinge beim Namen nennen: Was die amtierenden Innenminister hier veranstalten, ist kein Schutz der Demokratie – es ist die nackte, hässliche Fratze des drohenden Machtverlusts. Es ist das moralische Endstadium einer politischen Kaste, die den Staat mit ihrer eigenen Parteizentrale verwechselt.

Wer den Bürgern droht, sie im Falle eines „falschen“ Kreuzes auf dem Stimmzettel vom Informationsfluss der Sicherheitsbehörden abzuschneiden, betreibt staatliche Erpressung. Das ist kein demokratischer Diskurs mehr, das ist die Einführung von politischer Beugehaft für ganze Bundesländer. Die vermeintlichen „Retter der Institutionen“ sind in Wahrheit diejenigen, die bereit sind, diese Institutionen zu sabotieren, sobald das Volk nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzt.

Besonders perfide wird es beim Heulen und Zähneklappern über einen angeblichen „Staatsstreich“, weil eine gewählte Regierung Beamtenstellen neu besetzen will. Wer

seit Jahrzehnten die Ministerien bis in die letzte Poststelle mit dem eigenen Parteibuch filzt – und das absolut skrupellos –, hat jedes Recht verloren, sich über die personellen Pläne einer demokratischen Opposition zu empören. Das ist Heuchelei in Reinkultur.

Die wahre Gefahr für unsere Freiheit droht derzeit nicht von den Rändern, sondern aus den Amtsstuben derer, die sich in ihrer Macht gemütlich eingerichtet haben. Sie haben vergessen, dass sie nur Diener auf Zeit sind. Der Souverän in diesem Land ist und bleibt das Volk. Und wer die Spielregeln der Demokratie nur dann akzeptiert, wenn er selbst gewinnt, hat aufgehört, ein Demokrat zu sein.

Weitere Beiträge zum Thema

Diese Veröffentlichung ist Teil unserer Themenreihe zum Wahlrecht, zur Demokratie und zum Verfassungsrecht. Die folgenden Hintergrundberichte vertiefen einzelne Aspekte und bauen inhaltlich aufeinander auf:

◆ **Kommunalwahl in Niedersachsen: Wenn die Demokratie zur Farce wird** ◆ **Demokratie-Skandal in Niedersachsen**

<https://www.klartext-info.online/demokratie-skandal-in-niedersachsen/>

◆ Totale Eskalation vor den Wahlen: Bundesregierung kurz vor Sachsen-Anhalt-Wahl gesprengt – Basis-Revolt gegen Klingbeil!

<https://www.klartext-info.online/wahl-eskalation-spd-vor-sturz/>

◆ Klartext Spezial: Der verfassungsrechtliche Bankrott – Warum die Pläne der Innenminister illegal sind

<https://www.klartext-info.online/verfassungsrechtlicher-bankrott/>

◆ Die Entmachtung des Souveräns: Wenn Behörden entscheiden, wer in diesem Land noch wählen und gewählt werden darf

<https://www.klartext-info.online/die-entmachtung-des-souveraens/>

Mit freundlichen Grüßen

Michael B. Barnes

Michael B. Barnes



MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ

Hengelerstraße 1 | 49565 Bramsche | mbarnes@outlook.com

Impressum / Kontakt:

Michael B. Barnes

Hengeloer Str.1

49565 Bramsche

 E-Mail: info@klartext-info.online

Rechtlicher Hinweis

Dieses Dokument ist Teil des privaten Informations- und Aufklärungsprojekts **KLARTEXT** von Michael B. Barnes.

Der Bericht dient ausschließlich der Information sowie der öffentlichen Meinungs- und Diskussionsbildung. Er enthält eine Kombination aus dokumentierten Tatsachen, öffentlich zugänglichen Quellen, rechtlichen Einordnungen sowie persönlichen Bewertungen, Schlussfolgerungen, Vermutungen und Hypothesen des Autors. Diese sind entsprechend im Gesamtzusammenhang des jeweiligen Dossiers zu verstehen.

Alle Inhalte wurden nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung verfügbaren Informationen erstellt. Trotz sorgfältiger Recherche kann keine Gewähr für Vollständigkeit, Aktualität oder die fortdauernde Richtigkeit sämtlicher Angaben übernommen werden. Neue Erkenntnisse oder spätere Entwicklungen können eine Überarbeitung oder Neubewertung einzelner Inhalte erforderlich machen.

Eine unveränderte Weitergabe des vollständigen Dokuments über den offiziellen Veröffentlichungsweg ist ausdrücklich erwünscht. Veränderungen, Kürzungen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate oder Bearbeitungen, die den Sinn oder die Aussage des Dokuments verfälschen, sind ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

Stand der Quellen und Rechtslage: Veröffentlichungsdatum des jeweiligen Dossiers.

Version: 1.0

© Michael B. Barnes – Alle Rechte vorbehalten.

Impressum:

<https://www.klartext-info.online/impressum/>

Zur Klartext-Info-Website

QR-Code



Weitere Beiträge, Aktualisierungen und Quellen:

www.klartext-info.online

Michael B. Barnes

Stand: 29.07.2026

